

„Zur Person“ stellen wir Ihnen Frank Beiersdorff vor, Bezirksverordneter und Mitglied des Bezirksvorstands der LINKEN. Geschichte und Geschichten, Engagement für Umwelt und Natur sind nur einige seiner Themen Seite 2

Politik der LINKEN im Siedlungsgebiet - Eberhard Roloff, Mitglied der Linksfraktion in der BVV und Mitglied im VDBG, erklärt im Interview, was DIE LINKE erreicht hat, wo sie sogar maßgeblich beteiligt war und ist Seite 3

Die Jugendseite - dieses Mal mit den Themen: Naziaufmarsch in Dresden verhindern - erfolgreiche Blockade vom Februar 2010 soll wiederholt werden / Generalversammlung des Europäischen Jugendnetzwerkes traf sich in Berlin Seite 7

Auf ein Neues!

Bezirksvorsitzender der LINKEN, Norbert Seichter, wünscht allen Leserinnen und Lesern einen guten Start ins Jahr 2011

Das Jahr 2011 wird reich an Aufgaben für DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf und Berlin sein. Am 18. September finden Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen und zum Abgeordnetenhaus statt. Die Vorbereitungen dazu bestimmen seit Monaten schon unsere Arbeit. Neben der Bilanz arbeiten wir an der Formulierung unseres Kommunalwahlprogrammes. Im Januar gehen dazu Vorstand und Fraktion in Klausur. Zeitgleich berät auch der Landesvorstand.

Anfang April werden wir auf einer Hauptversammlung über das Wahlprogramm und die Kandidatenliste zur BVV, sowie die Direktwahlkreiskandidaturen zum Abgeordnetenhaus beraten und beschließen. Tagungen des Landesparteitages im März und April stellen sich dieser Aufgabe auf Landesebene, beraten und beschließen unser Landeswahlprogramm und die Landesliste.

Der Wahlkampf ist praktisch zu organisieren und vorzubereiten. Die Umfrageergebnisse für DIE LINKE in Berlin liegen zurzeit bei 16 %. 1996 erreichten wir 13,4 %. Unser Ziel ist es auch weiterhin, in Regierungsverantwortung linke Politik zu machen. Ob wir das können, hängt zuallererst von den Wählerinnen und Wählern ab. Es wird also



Wohin wird der Weg führen
- im Wahljahr 2011? Foto Y. Rami

darauf ankommen, die Ergebnisse unseres bisherigen Wirkens und die Ziele für die nächste Wahlperiode überzeugend und werbend in die Öffentlichkeit zu bringen. Wenn Gesine Löttsch, unsere Parteivorsitzende, die Berliner Landespolitik jüngst als Exportschlager für DIE LINKE in allen Bundesländern bezeichnete, dann zeugt das vom Erfolg unserer langjährigen Arbeit und ganz offensichtlich auch von einem Umdenken auf Bundesebene, die Bewertung der erreichten Ergebnisse betreffend.

Dazu gehört der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor, hier wurden 2010 über 7500 versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für Langzeitarbeitslose geschaffen. Trotz aller Widrigkeiten, auch durch Kürzung der Bundesmittel, wollen wir diese Linie fortsetzen. Das Berliner Vergabegesetz verhindert Dumpinglöhne bei Aufträgen der Öffentlichen Hand.

Dazu gehört der gemeinsame Ethikunterricht. Es gehört dazu, mehr direkte Demokratie gesetzlich verankert zu haben, ebenso die Verbesserungen im Kita-Bereich. Die Änderung des Informationsfreiheitsge-

setzes ermöglichte gesetzlich die Offenlegung der geheimen Wasserverträge, die Anstrengungen sind auf die Senkung der Wasserpreise gerichtet, das Ziel ist die Re-kommunalisierung der Wasserbetriebe.

Zu den Erfolgen zählt die Vermeidung von Zwangsumzügen von Arbeitslosengeld-II-EmpfängerInnen, die Kennzeichnungspflicht für die Polizei, die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen über das Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Einige dieser Erfolge mussten per Gerichtsverfahren erstritten, aber alle gegen die Opposition im Abgeordnetenhaus durchgesetzt werden.

Trotz klammer Kassen wollen wir Bestehendes erhalten, so die soziokulturelle Infrastruktur. Das ist schwer genug, denn (fast) alles kostet mehr Geld. Die Kosten für Hilfen zur Erziehung und soziale Transferleistungen sind stark angestiegen.

Unser Bezirk hat seit Dezember 2010 einen durch das Abgeordnetenhaus bestätigten ausgeglichenen Haushalt. Mehr Einsparungen, als dort vorgenommen, können wir nicht verantworten.

Fortsetzung auf Seite 2

Zur Person: Frank Beiersdorff

Hinterm Horizont geht's weiter ...

... weiß nicht nur Frank Beiersdorff. Doch der Umwelt- und Verkehrsexperte der BVV-Fraktion, engagiert sich dafür, dass es sich dort dann auch leben lässt.

Seine Kindheit in der Prignitz weckte sein Interesse für die Natur, aber auch für „Geschichte und Geschichten“, noch heute ist er Mitglied des Perleberger Bürgervereins.

Bis 1991 war Frank Beiersdorff in unterschiedlichen Bereichen des Außenhandels tätig, hatte Fernstudien an der Fachschule für Außenwirtschaft und der Hochschule für Ökonomie absolviert. Danach arbeitete er in verschiedenen sozialen Projekten. Seit 2004 ist er selbständig auf dem Gebiet der Seniorenbetreuung, organisiert Ausflüge mit dem Bus, Wanderungen und gestaltet kulturelle Programme, ist beim Festhalten von Lebenserinnerungen für die Nachkommen behilflich.

Mit 19 Jahren trat er in die SED ein. In der Wendezeit engagierte er sich in der Bürgerbewegung. Die DDR war seine Heimat, so Beiersdorff, doch

habe er auch Grenzen und Probleme gesehen und Chancen eines Neubeginns. Doch es kam anders für Deutschland. Seit er 1990 nach Hellersdorf zog, engagierte er sich in Diskussionskreisen und ab 1992 in der BVV, hier insbesondere für Umwelt und Natur als Fortsetzung seines Engagements in der DDR. Als Vorsitzender des Ausschusses für Um-

welt und Natur, im Ausschuss für ökologische Stadtentwicklung und soziale Stadt und im Bezirksvorstand der LINKEN Marzahn-Hellersdorf setzt Frank Beiersdorff Nachhaltig-



Frank Beiersdorff

Foto: Sabine Behrens

keit auf die Tagesordnung. „Angesichts der ökologischen Probleme, der Verknappung der Ressourcen, des Raubbaus an der Natur und am Menschen kann der Kapitalismus nicht das letzte Kapitel der Menschheitsgeschichte sein“, sagt Beiersdorff. Die Rohstoffe werden in einigen Jahrzehnten ausgehen, kriegerische Konflikte um sie zunehmen.

Daher muss der Weg weg vom Wachstum zu Effizienz führen, aber auch zu neuen Konzepten für Arbeit und Einkommen. Einen grünen Faden müsse man auch in das Grundsatzprogramm der LINKEN weben. Als Mitglied des Bezirksvorstandes streitet Frank für ein stärkeres sozial-ökologisches Profil der LINKEN. Er hält es mit Marx, erst durch Aufhebung des Kapitalverhältnisses als gesellschaft-

liches Verhältnis werde die Entfremdung der Arbeit, aber auch die Entfremdung des Menschen von der Natur aufgehoben. Der Weg dahin sei offen, betont er. Gesellschaftliche Veränderungen brauchen gesellschaftliche Mehrheiten, daher sei demokratischer Sozialismus für ihn zugleich Weg und Ziel.

Frank Beiersdorff möchte wieder für die BVV kandidieren, um weiter aktiv eingreifen zu können. Er wirbt für ein breiteres Verständnis von Umwelt und nachhaltiger Entwicklung in der Stadt, der Region und darüber hinaus. Seine Schwerpunkte sind Umweltbildung, Lokale Agenda 21, Stadtentwicklung, nachhaltige Verkehrspolitik.

Er ist Mitglied der BAG Umwelt der LINKEN und mehrerer Vereine. Weitere Hobbys sind Geschichte, Fotografie, sein Beruf und die Spiele des 1. FC Union Berlin an der Alten Försterei.

Sabine Behrens

Fortsetzung von Seite 1:

Auf ein Neues

In unserem Bezirk gibt es viele sozial Benachteiligte. Immer mehr Kinder und Jugendliche sind, weil die Eltern von „Hartz IV“ leben müssen, von Armut betroffen.

Wir haben uns auf zwei Hauptversammlungen mit der Analyse „Zur sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen in Marzahn-Hellersdorf“ und Gegenstrategien zur Armut befasst, weil wir die sich negativ verschärfende Entwicklung nicht hinnehmen wollen.

Die gefassten Beschlüsse, die langfristigen Charakters sind, werden Bestandteil unseres Wahlprogrammes sein.

DIE LINKE, das ist in diesem Wahljahr deutlicher denn je, ist als linkes Korrektiv unverzichtbar in diesem Land.

Mit dem in diesem Jahr zu beschließenden neuen Parteiprogramm, durch das praktische Wirken im Deutschen Bundestag, in Länderparlamenten und Kommunen, außerparlamentarisch mit vielen Verbündeten handelnd, stehen wir für Frieden, gegen soziale Kälte, für eine demokratische, sozialistische Perspektive.

Ich wünsche uns allen, allen Leserinnen und Lesern viel Kraft, Gesundheit, Arbeit und Optimismus.

Auf ein erfolgreiches Jahr 2011!

Petra Pau (MdB): Wettbewerb „Unsere Besten“

Am 1. jedes Monats startet auf der Web-Seite von Petra Pau eine neue Folge des Wettbewerbs „Unsere Besten“. Siegerin des Monats November war Christina Schröder, CDU/CSU. Für Dezember läuft der „Wettbewerb“ noch: <http://petrapau.de/>

„Unsere Besten“ - Dezember 2010

1. Thomas de Maizière (CDU)

Der Bundesinnenminister hat seinen elektronischen Personalausweis persönlich abgeholt. Die Botschaft: Was für mich gut ist, kann für andere nicht schlecht sein. Genauso unerschrocken war dereinst Umweltminister Töpfer durch den Rhein geschwommen. Und 1986 wurde die „Internationale Friedensfahrt“ - Tschernobyl zum Trotz - extra in Kiew gestartet.

Prädikat: traditionell aufopfernd

2. Theodor zu Guttenberg (CSU)

„Wenn ich unsere Soldaten schon nicht heimholen will, dann bringe ich ihnen halt meine Heimat an die Front.“ Mag sich der Verteidigungsminister gedacht haben. Angefangen

hat er mit seiner rtl2-bekanntem Gattin. Auch Johannes B. Kerner war im Einsatz. Tage später verfrachtete er Kanzlerin Merkel gen Hindukusch. Heino soll auch schon auf Koffern sitzen.

Prädikat: selbstlos engagiert

3. Peter Ramsauer (CSU)

Der Verkehrsminister hat den Kampf gegen undeutsche Begriffe forciert. Sein Laptop heißt jetzt „Klapprechner“. Weitere Fremdwörter will er als Beitrag zur Demokratie „rückübersetzen“, ließ er wissen. Das Automobil könnte so bald „Selbstbeweger“, der Ventilator „Lüftchendreher“, das Kabinett „Hinterzimmer“ und die Mautbrücken „Wege-lagerer-Überführungen“ heißen.

Prädikat: sehr verkehrstüchtig

Politik der LINKEN im Siedlungsgebiet

Eberhard Roloff, Mitglied der Linksfraktion in der BVV und Mitglied im VDBG, erklärt im Interview, was DIE LINKE erreicht hat.

● *In der Septembersitzung der BVV wurde ein Antrag behandelt, bei dem es um die geplante Badestelle und Wasserskianlage am Elsensee ging. Was ist dabei herausgekommen?*

Eberhard Roloff: Mit dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU, SPD und Grünen sollten alle Planungen des Bezirksamtes zum Errichten einer Freibade- und Wasserskianlage durch eine private Investorin eingestellt werden, angeblich zur Einsparung finanzieller Mittel. Der wahre Grund ist aber die Gegnerschaft einiger weniger Anliegerinnen und Anlieger von der östlichen Seite des ehemaligen Baggersees, denen Kinderlärm zuwider ist und die Verkehrsbelästigungen befürchten. An die Spitze hat sich der CDU-Abgeordnete Mario Czaja gestellt, der von den Grünen mit Schutzbekundungen des nach der Einstellung des Sandabbaus entstandenen Biotops unterstützt wird. Zu denen hat sich nun auch die SPD gesellt, die bisher für den Badebetrieb war.

● *Wie ging die Abstimmung zu diesem Antrag aus?*

Eberhard Roloff: Der Antrag wurde mit allen Stimmen der LINKEN und der FDP abgelehnt, die Gegenstimmen der NPD waren für das Ergebnis nicht nötig. Außerdem war der Antrag

aus rechtlicher Sicht abzulehnen, wie von unserem Bezirksstadtrat Norbert Lüttke in der Debatte vorgetragen wurde. Das Bezirksamt hat nun das Planungsverfahren mit den vorgeschriebenen Maßnahmen weiterzuführen und das Ergebnis den Bürgerinnen und Bürgern vorzustellen. Auf Anregung unseres Fraktionsvorsitzenden Klaus-Jürgen Dahler wird ein Aufruf „Für ein Freibad und eine Wasserskianlage am Elsensee“ vorgeschlagen.

● *Am benachbarten Habermannsee steht eine Pumpanlage zur Grundwasserregulierung, deren Weiterbetrieb zwischenzeitlich gefährdet war. Was ist daraus geworden?*

Eberhard Roloff: Der Vertrag für den Betrieb war bis 31.12.2009 befristet. Rechtzeitig haben betroffene Bürgerinnen und Bürger von der Initiative „SOS - Wasser im Keller“ auf die Gefahr einer erneuten Überflutung ihrer Keller hingewiesen, wenn die Anlage nicht weiter in Reserve bleibt. Das, obwohl durch das Wasserwerk Kaulsdorf nach seiner Modernisierung der Grundwasserpegel unter dem Gefahrenstand gehalten wurde. Gemeinsames

Handeln führte zu einer Lösung für weitere zehn Jahre.

● *Wie sieht diese Lösung aus?*

Eberhard Roloff: Unsere Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle hat mit der für den Wasserhaushalt Berlins zuständigen Senatorin Katrin Lompscher die Notwendigkeit des Weiterbetriebes besprochen. In einer gemeinsamen Beratung in der Senatsverwaltung Gewässerschutz, mit der Tiefbauabteilung der Stadtentwicklung, dem CDU-Abgeordneten Czaja, der Fachgruppe Wasser des VDBG, der AG Siedlungsgebiete der LINKEN und Vertreterinnen und Vertretern der oben genannten Initiative wurde nach Abwägung der Interessen und Gefahren noch am Beratungstisch die Vertragsverlängerung unterschriftlich besiegelt. Dieses Ergebnis wurde auch nach der Meinung der Initiative maßgeblich durch das Wirken der LINKEN erreicht. Hier sollte sich nach meiner Meinung eine Bürgerinitiative anschließen, die sich mit der Entwicklung des gesamten Landschaftsschutzgebietes und der Trinkwasserschutzzonen im Elsengrund vom Sportplatz Lassaner Straße entlang der Straße Am Niederfeld / Elsenstraße bis zum Hultschiner Damm beschäftigt. Von den 245.000 Einwohnerinnen und Einwohnern unseres Bezirkes sind bestimmt einige bereit, etwas für alle zu planen.

(Es fragte: Christian Schwing)

Mieter vor Kündigungen wegen Eigenbedarfs schützen

Der bau- und wohnungspolitische Sprecher Uwe Doering (MdB) erklärt:

Berliner Mieterinnen und Mieter, deren Wohnung in Eigentum umgewandelt wird, sollen weiter vor Kündigungen geschützt werden. Die Linksfraktion hat dazu einen Antrag in die Koalition eingebracht. Er sieht vor, die im August auslaufende Regelung zu erneuern, mit der Mieter in vier Bezirken sieben Jahre lang vor Kündigungen geschützt sind. Dabei soll der Kündigungsschutz auf zehn Jahre verlängert und auf Gebiete ausgedehnt werden, in denen - wie in der Innenstadt - ein angespannter Wohnungsmarkt herrscht.

Nach wie vor finden in Berlin in Größenordnungen Umwandlungen von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen statt. Jüngstes Beispiel sind die denkmalgeschützten Blöcke am Frankfurter Tor. Ziel bleibt, Mieterinnen und Mieter vor Verdrängung aus der gewohnten Umgebung zu schützen.

Für die Erwerber von Wohnungen ist eine Kündigungsbeschränkung zumutbar, da sich diese vor dem Kauf über den Sachverhalt der Vermietung und über die soziale Schutzbedürftigkeit vorhandener Mieter informieren können.

Wir gehen davon aus, dass sich die SPD-Fraktion zügig mit dem Vorschlag zur Verlängerung der Berliner Kündigungsschutz-Regelung befasst.

Hartz-IV-Splitter

Vom alltäglichen Wahnsinn mit Hartz IV

Selten im Blickpunkt der Öffentlichkeit sind alltägliche „Kleinigkeiten“ wie die Folgen der Organisation des Verwaltungshandelns mit Beweispflicht grundsätzlich beim Arbeitslosengeld-II-Empfänger.

Kürzlich zog mein Sohn für wenige Monate nach dem Studium noch einmal zu mir. Gemeinsam verbrachten wir einen Vormittag im JobCenter: Er stellte seinen Antrag auf Alg II, ich kam meiner Mitwirkungspflicht nach und informierte, dass ich nun nicht mehr allein in meiner Wohnung lebe. Klar war, dass ich dann nur noch die Hälfte der Kosten der Unterkunft erhalte und er die andere Hälfte. Erwartungsgemäß nahm die Prüfung seines Erst-Antrages mehr Zeit in Anspruch als der Vermerk der Änderungs-Mitteilung in meiner Akte. Das hatte zur Folge, dass der mir zustehende Betrag sofort gekürzt wurde, mein Sohn seinen Teil der Kosten der Unterkunft mit seinem Alg II aber erst zwei Monate später erhielt. Woher die Mittel für die Miete in der Zwischenzeit kommen, bleibt den Betroffenen überlassen.

Dies geschieht in allen ähnlichen Fällen auch bei optimaler Bearbeitung durch die Mitarbeiterinnen des JobCenters in gleicher Weise. Der Fehler liegt hier im System, in der Stellung des Arbeitslosen gegenüber der Behörde. Der erwerbslose Mensch hat keinerlei

Möglichkeit, solche Zeit-Differenzen zwischen Verwaltungshandeln und Zahlungsverpflichtung für Miet- und andere Zahlungen zu vermeiden, wenn er seiner gesetzlich geforderten Mitwirkungspflicht nachkommt. Sollte er/sie die Information zurückhalten, droht die Kürzung des Regelsatzes (Existenzminimum!) um 30 %.

Inzwischen hat mein Sohn seine Arbeit außerhalb Berlins aufgenommen und ist wieder ausgezogen. Wir beide haben dies schriftlich mitgeteilt und mit der geforderten polizeilichen Meldebestätigung im JobCenter persönlich übergeben, ebenso meinen nächsten Fortsetzungsantrag auf Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB II (Sozialgesetzbuch). Ergebnis: Nach zwei Monaten hatte ich weiterhin nur die Hälfte der Kosten der Unterkunft und anschließend gar kein Arbeitslosengeld II erhalten. Mein Konto rutschte in den Dispo-Kredit. Erst nachdem ich wieder persönlich viele Stunden im JobCenter verbracht hatte, erhielt ich die ausstehenden Miet-Anteile und das Versprechen, dass der Alg-II-Bescheid bald fertig sei.

Die Übernahme von Kosten durch Inanspruchnahme des Dispo-Kredites wegen verspäteter Zahlung durch das JobCenter ist nicht vorgesehen, hier gibt es keine Rechtsunsicherheit.

Sonja Hildebrandt

Marzahn-Hellersdorfer Linksfraktion wünscht ein friedliches 2011!

Mit den allerbesten Wünschen für das bevorstehende Jahr verabschiedete sich BVV-Vorsteherin Petra Wermke am Ende der Dezember-Sitzung des Bezirksparlaments vor dem Jahreswechsel. Zuvor hatten die Verordneten noch über die anstehenden Änderungen der Sozialgesetzgebung, die Arbeit des Winterdienstes und das Verfahren bei Straßennamensgebungen diskutiert.

Ganz zu Anfang der Sitzung forderte Linksfraktionschef Klaus-Jürgen Dahler in einer persönlichen Erklärung alle demokratischen Parteien im Bezirk dazu auf, den einst geschlossenen Konsens gegen rechtsextreme Parteien nicht in Frage zu stellen. Er bezog sich auf die Äußerungen von CDU, SPD und Bündnis-Grünen zur EIsenseabstimmung vom Oktober 2010.

DIE LINKE und die FDP hatten eine Weiterplanung des Freibades gefordert und konnten hierfür eine Mehrheit erreichen. Die Stimmen der beiden NPD-Verordneten, die ebenfalls für das Freibad stimmten, waren hierfür nicht ausschlaggebend. CDU, SPD und Bündnis-Grüne hatten der LINKEN unterstellt, sie hätten eine „Allianz“ mit der NPD gesucht.

Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren!

Wie geht es weiter mit dem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) in Berlin?

Im Berliner ÖBS wird sinnvolle Arbeit verrichtet, die dazu beiträgt, die Stadtgesellschaft zu stärken. Gleichzeitig konnten wir so Arbeitslosen eine berufliche Perspektive geben. Innerhalb der letzten Jahre haben wir 7500 Stellen im Berliner ÖBS geschaffen. Die Beschäftigten dort werden tariflich bezahlt, erhalten aber mindestens 7,50 Euro Stundenlohn.

Sie arbeiten in unterschiedlichen Beratungsstellen oder Stadtteilzentren, sie begleiten mobilitätseingeschränkte Menschen als Fahrgastbegleiter im öffentlichen Personennahverkehr, sie tragen als Gemeindedolmetscher, Stadtteilmütter oder Kiezlotsen zur Integration von Migrantinnen und Migranten bei.

Als Finanzierungsgrundlage nehmen wir arbeitsmarktpolitische Instrumente des Bundes, die wir mit Landesmitteln entsprechend kofinanzieren, damit Tariflöhne gezahlt werden können.

Immer wieder war der ÖBS in Gefahr, weil die jeweiligen Bundesregierungen die mit ihr verhandelten Grundlagen veränderten. Auch gegenwärtig steht die Zukunft des ÖBS wieder in Frage, denn durch das Sparpaket der

Die Linksfraktion sorgte sich bei den Großen Anfragen um die ordnungsgemäße Beräumung von Kitas und Schulen durch den Winterdienst. Hunderte Beschwerden waren in den vergangenen Wochen im Bezirksamt eingegangen.

Einen weiteren Schwerpunkt stellten die Reformen der Bundesregierung bei Hartz IV und der Arbeitsmarktförderung dar. Linksfraktionschef Klaus-Jürgen Dahler bezog Position für dringende Nachbesserungen bei den Gesetzesvorhaben. Die Kommunen müssten sich hierfür Gehör verschaffen.

Ob künftige Namensgebungen von Straßen vorerst ausschließlich Frauen-Namen berücksichtigen sollten, war Thema eines Antrages der Bündnis-Grünen. Das patriarchale Geschlechterverhältnis in der Gesellschaft wird derzeit auf Straßenschildern nur zu gut sichtbar. Bedeutende Frauennamen sind an manchen Orten nur selten zu finden. Der Antrag wird im Januar im Bildungs- und Kulturausschuss beraten.

Auch 2011 wird wieder viel zu tun sein!
Bjoern Tielebein

Bundesregierung wird das Land Berlin im Jahr 2011 etwa 200 Mio. Euro weniger für die aktive Arbeitsmarktförderung erhalten. Trotz dieser sehr schweren Situation möchten wir weiterhin Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren und werden erneut für den Erhalt des Berliner ÖBS kämpfen.

Wir möchten das Arbeitsmarktprogramm „Bürgerarbeit“ zu ÖBS-Bedingungen einsetzen. Die Bürgerarbeit ist das Lieblingsprojekt der Bundesarbeitsministerin und klingt ähnlich wie der ÖBS. Die Arbeitsbedingungen sind jedoch viel schlechter. Die Bürgerarbeit ist Arbeit im Niedriglohnbereich, von der man nicht leben kann.

Um die Bürgerarbeit für den ÖBS zu nutzen, muss die Bundesregierung nicht nur eine entsprechende Aufstockung aus Landesmitteln zulassen. Sie muss auch zustimmen, dass die Arbeit tariflich entlohnt, mindestens aber mit 7,50 Euro Stundenlohn vergütet wird.

Die endgültige Entscheidung über diese Bedingungen wird in Verhandlungen im Januar fallen.

Elke Breitenbach

Arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

Kurz berichtet: Aus dem Bezirksvorstand

Der 3. Landesparteitag hat sich konstituiert und die Leitungsgremien des Landesverbandes gewählt. Dass der Parteitag trotz unterschiedlicher Auffassungen in manchen Fragen in einer sachlichen und konstruktiven Atmosphäre verlief, ist angesichts des bevorstehenden Wahljahres positiv zu vermerken. Aus unserem Bezirk wurden Doreen Kobelt und Hassan Metwally in den Landesvorstand und Erika Preußner und Eberhard Roloff in die Landesschiedskommission gewählt, der Bezirksvorstand beglückwünschte die Genossinnen und Genossen zu ihrer Wiederwahl in diese Funktionen.

Zu den unterschiedlichen Positionen, die die Genossinnen und Genossen bewegen, gehört das Verhältnis zum Volksentscheid über die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge bei den Berliner Wasserbetrieben. Allgemeine Zustimmung gibt es zur erfolgten Offenlegung der Verträge und zur grundsätzlichen Position der Rekommunalisierung der Wasserbetriebe. Umstritten ist, ob DIE LINKE direkt zur Unterstützung des Volksentscheides aufrufen solle. Es gibt nicht unberechtigte Bedenken im Zusammenhang mit der Tatsache, dass ein Passus des Gesetzes (§ 4 – Unwirksamkeit) im Konflikt zur Bundesgesetzgebung steht und deshalb angefochten werden kann. Andererseits haben mehr als 300.000 Bürger mit ihrer Unterschrift den Gesetzentwurf unterstützt – eine Willensbekundung, die man trotz juristischer Bedenken wohl nicht übersehen kann. Der Landesparteitag konnte sich nicht zum Aufruf zur Unterstützung des Volksentscheides entschließen, er setzte stattdessen darauf, den Volksentscheid durch Gespräche noch zu vermeiden – ein angesichts klarer gesetzlicher Regelungen wenig realistischer Gedanke. Der Volksentscheid wird stattfinden, und jeder Genossin und jedem Genossen ist es selbstverständlich freigestellt, seine Meinung dazu kundzutun und für seine Überzeugung zu werben.

Im gerade begonnenen Jahr wählen wir das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen neu, und der Wahlkampf hat unübersehbar begonnen. Für unseren Bezirk gibt es eine Besonderheit – die Zahl der Wahlkreise wurde von 7 auf 6 verringert, das ist natürlich auch mit einem neuen Zuschnitt der Wahlkreise verbunden. Für DIE LINKE, die bei den jüngsten Wahlen 6 der 7 Direktmandate zum Abgeordnetenhaus gewann, ist das viel mehr als eine organisatorische Frage. Der Bezirksvorstand hat sich schon in mehreren Sitzungen mit der Vorbereitung der Wahlen beschäftigt und entsprechende Pläne – einschließlich der Finanzierung des Wahlkampfes – beraten. Zurzeit arbeiten Bezirksvorstand und die Linksfraktion der BVV am Entwurf eines Wahlprogramms. Am 16. Januar wird er auf einer gemeinsamen Klausur beraten. Und dazu sind auch gute Ideen der Mitglieder unseres Bezirkesverbandes gefragt.

Bernd Preußner

15 Jahre zwischen „Helene-Weigel-Platz“ und „Leninski Prospekt“

„Kandidierst Du wieder?“ Die Frage erinnert an meine Pflichten als Vorsteherin des Bezirksparlaments. Von meiner Partei, der LINKEN, nominiert, leite ich seit elf Jahren die Beratungen des Gremiums (vier Jahre war ich

Stellvertreterin). Einmal im Monat tagen wir donnerstags ab 17 Uhr im Freizeitforum Marzahn. Gute Entscheidungen bedürfen einer soliden Vorbereitung durch die Fraktionen - DIE LINKE, seit langem als stärkste Fraktion, SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen; FDP und auch die Rechten haben je zwei Verordnete - und in den Ausschüssen, die Quelle fachkundiger Diskussionen sind. Wenn die BVV das breite Band von Themen erörtert - der Elsensee, ein seit Jahren ungelöstes Problem, die Benennung eines Ortes, die gesundheitliche Versorgung im

Bezirk, die Situation an den Schulen -, bedarf es Sachkunde und Verantwortung. Immerhin geht es um das Funktionieren des Alltags der fast 250000 Bürger, von Tiergartenstraße bis Louis-Lewin-Straße und zur Havemannstraße, einer Kommune größer als Aachen oder Kiel.

Die S-Bahn, die mich Tag für Tag am Morgen von Biesdorf zum Bahnhof Zoo zu meiner Arbeitsstelle bringt, trägt mich abends zum Springpfehl. Es gibt ein stilles Agreement mit meinem Unternehmen, das es mir mög-

lich macht, die Pflichten als Vorsteherin, wahrzunehmen. Meine DDR-Vergangenheit, geprägt durch Oberschule, Abitur und Delegation zum Auslandsstudium, war mir wohl gesinnt. Ein fünfjähriges Studium in Moskau



Ja, die S-Bahn, manchmal fuhr sie sogar ... Foto: Sabine Behrens

zum Diplom-Ingenieur für Chemische Technologie hat mir nach der Wende einen interessanten Beruf eingebracht. Meine Firma erstellt Sicherheitszertifikate nach Kriterien der Russischen Föderation für europäische Firmen, die nach Russland exportieren. Enge Kontakte und Weiterbildungen in Russland sichern meine persönliche Akkreditierung durch die Russische Regierung. Immer wieder mal sind es der Job und das Amt, die mich in Konflikte bringen, zwischen dem Termin

am „Helene-Weigel-Platz“ und dem Termin am „Leninski Prospekt“.

Unser Mühen vor Ort um soziales Handeln geschieht in Deutschland, wo Reiche immer reicher und Arme immer ärmer werden. Wo häufig für Löcher in der Straße unseren Abgeordneten die Schuld gegeben wird - weil fürs Reparieren die Mittel fehlen, die das Geld für noch Wichtigeres verwendet haben, und gleichzeitig an Banker Millionen Abfindungen gezahlt werden. Die Konflikte begleiten mich seit vielen Jahren - ein lang währender Spagat. Aber sie münden auch in positive Antworten für das Bezirksparlament. So manches ist meiner Zeit an Positivem entstanden: die Bürgerfragestunde, der Bürgerhaushalt, der Ehrenamtspreis, neuerdings wird die BVV sogar live ins Internet übertragen. Vieles tun wir gegen das Vergessen von Geschichte, so das Gedenken am Mahmal der Zwangsarbeiter, die Lesungen am Weltfriedenstag oder die Festveranstaltung in der BVV zu Ehren der Verfolgten des Naziregimes.

Die Parlamentsarbeit tun wir vor allem im Interesse der Bürger. Und ich stimme mit unserer Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle überein, die da sagt: „Das wird nicht gehen, ohne dass wir uns mit der großen Politik auseinandersetzen, uns wehren, uns nicht alles gefallen lassen.“

Petra Wermke

Vorsteherin Bezirksverordnetenversammlung

Jubiläen, Gedenk- und Jahrestage 2011:

- 15. Januar 1919** Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht
- 16. Januar** Welttag der Migranten und Flüchtlinge 2011 (katholisch)
- 17. Januar 1991** erster gesamtdeutscher Bundestag wählt Helmut Kohl zum Kanzler
- 17. Januar 1991** 2. Golfkrieg „Operation Wüstensturm“ beginnt
- 19. Januar 2006** Bundestag besiegelt Aus für Palast der Republik
- 27. Januar** Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus / Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust
- 28. Januar** Europäischer Datenschutztag
- 30. Januar** Jahrestag der Machtübertragung an die Nazis
- 31. Januar 1933** in Mössingen (BaWü) findet der einzige große Protest gegen die Macht ergreifung Hitlers statt
- 01. Feb. 1951** Bundesrat beschließt Gesetz zur Einrichtung des Bundesverfassungsgerichtes
- 01. Feb. 2001** Atomtransporte zwischen FRA und D werden wieder aufgenommen
- 02. Feb. 1971** Internationales Übereinkommen über die politischen Rechte der Frau von 1953 (!) tritt für Deutschland in Kraft
- 06. Februar** Internationaler Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung

Bezirklicher Ergänzungsplan vom Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses bestätigt

Das Bezirksamt und die BVV Marzahn-Hellersdorf erhielten vom Berliner Abgeordnetenhaus auf Empfehlung der Senatsfinanzverwaltung die Auflage, einen Ergänzungsplan für 2011 zu beschließen. Das wurde bis Oktober 2010 mit erheblichen Anstrengungen und bei Kürzungen in allen Ausgabenfeldern umgesetzt. Dabei werden trotz der Auflagen keine Jugendfreizeitstätten geschlossen, die sozialen Stadtteilzentren, der Migrationsozialdienst, das Freizeitforum Marzahn und der Bereich Schule im bisherigen Ansatz weiter ausgestattet. Trotz dieser Bemühungen wollte der Unterausschuss Bezirke durch den Antrag eines SPD-Landespolitikern weitere Auflagen bis zu einer Haushaltssperre gegen den Bezirk beschließen.

Hier möchte ich dem Abgeordneten unseres Bezirkes, Wolfgang Brauer, danken, der sich auch in der Koalition gegen diese Versuche zur Wehr setzte und für die Akzeptanz unserer Haushaltspolitik eintrat. Somit konnte der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses gegen Anträge aus der CDU den Bezirksplan für 2011 beschließen.

Klaus-Jürgen Dahler

Fraktionsvorsitzender in der BVV

Stätte der Begegnungen

Nach den Veranstaltungen zu den Olympischen Winterspielen, zur Fußball-Weltmeisterschaft, zum 60. Jahrestag der Gründung der Deutschen Hochschule für Körperkultur (DHfK), war die Buchlesung mit der Olympiasiegerin und dreifachen Europameisterin im Eiskunstlaufen, Christine Stüber-Errath, ein Höhepunkt im Haus der Sports in der Marzahner Eisenacher Straße, das außerdem das Sportmuseum beherbergt und zu einer wahren Begegnungsstätte geworden ist.

Es war mehr als eine Buchlesung am 16. Dezember. Es war ein Stück Sportgeschichte, vor allem des Eiskunstlaufens in Berlin. Vom schweren Anfang nach 1945 bis zur Weltspit-



Christine Stüber-Errath war zu Gast im Haus des Sports in der Eisenacher Straße in Marzahn. Foto: Horst Löser

Aus den Siedlungsgebieten

Für die biologische Vielfalt in Marzahn-Hellersdorf

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf hat mit Beschluss des Bezirksamtes vom 9. November 2010 die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ der Deutschen Umwelthilfe, des Bundesamtes für Naturschutz und des Deutschen Städte-Tag unterzeichnet. Die biologische Vielfalt zwischen den Arten und die Vielfalt der Ökosysteme bilden die existenzielle Grundlage für menschliches Leben und für die Möglichkeiten wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entfaltung. Deshalb verpflichtet sich der Bezirk, die bisherige nachhaltige Entwicklung fortzusetzen und weiter voranzubringen. Das betrifft intelligente städtebauliche Konzepte, kompakte Bauweisen, eine angemessene Siedlungsdichte und wohnumfeldnahe Durchgrünung. Zugleich sind hiermit die Verbesserung der Gewässerqualitäten und die Weiterentwicklungen der bestehenden ÖPNV-Konzepte beinhaltet. Die BVV und das Bezirksamt werden die Deklaration bei ihren politischen Entscheidungsprozessen

ze war es ein langer, sehr harter, aber erfolgreicher Weg.

Christine Errath verstand es, in einer sehr aufgelockerten und unterhaltsamen Atmosphäre und mit ihrer natürlichen Art, ihr Buch „Die Pirouettenkönigin“ in Wort und mit Kurzfilmen vorzustellen. Gewonnen hat diese Veranstaltung auch durch die Teilnahme weiterer „Eissportlegenden“ wie Manuela Groß, Anne Kusche, Inge Zeller und Trainer des SC Dynamo Berlin sowie durch die liebevolle

Ausgestaltung des Abends durch Wolfgang Turowski und die vielen ehrenamtlichen Helfer, die mit Kaffee und Kuchen für die richtige Einstimmung auf die Veranstaltung sorgten.

Erhard Richter

berücksichtigen und dazu den Dialog mit den Bewohnerinnen führen. So werden das integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzept für die Großsiedlungen, die Vielfalt im Wuhletal, die stärkere Verknüpfung des Fahrradverkehrs mit dem ÖPNV, die Umsetzung eines naturnahen Tourismuskonzeptes und die Bildungsarbeit im Rahmen der Lokalen Agenda 21 wichtige Schwerpunkte bilden. In diesem Sinne beraten die Fachausschüsse der BVV und das Bezirksamt über die weitere Fortschreibung des bezirklichen Zentrenkonzeptes für die Versorgung durch den Einzelhandel. Dabei hat sich das im Jahr 2007 durch uns erstmals entwickelte Zentrenkonzept als Rahmenplanung für einen örtlichen Bereich bewährt. Auf Grund der veränderten Flächenbedarfe, der Veränderungen in den Nachbarbezirken und Gemeinden sowie der Bevölkerungsstruktur und der gesammelten Erfahrungen ist eine Überarbeitung notwendig geworden.

Klaus-Jürgen Dahler

Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der BVV

WikiLeaks – in zweifelhafter Mission

Um eins im Vorfeld zu klären: Ich bewundere die Arbeit der Internetplattform WikiLeaks, welche seit 2006 geheime Dokumente von staatlichen Institutionen im Interesse der Öffentlichkeit preisgibt. Julian Assange, Gründer von WikiLeaks, welcher Vergewaltigungsvorwürfen ausgesetzt ist, für die sich sogar Interpol interessiert, hat sich um die Meinungsfreiheit, die Transparenz in der Politik und den freien Zugang zu Informationen verdient gemacht. Ein wichtiger Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft, weil somit Herrschaftswissen überwunden wird. Die neueste Veröffentlichung der US-Botschaftsdepeschen hat zudem einen hohen Unterhaltungswert und lässt tief in die Namenskreativität amerikanischer Diplomaten blicken, wenn es um deutsche Spitzenpolitiker geht. (Mein Favorit: >>Teflon-Merkel<< Da bleibt nichts haften!)

Bei aller Bewunderung, die WikiLeaks derzeit medial zuteil wird, ist es aber auch an der Zeit, nach den Motiven der „Enthüller“ zu fragen. Es mangelt Assange nicht an Pathos, wenn er zu verstehen gibt, er sei im Namen der Wahrheit und Aufklärung tätig. Nun interessiert eine Wahrheit erst dann jemanden, wenn sie dem schadet, der sie bislang geheim hält. Und da scheint WikiLeaks ein eindeutiges Opfer gefunden zu haben: Amerika! Sicherlich, wer die USA ernst nehmen will, muss sie kritisieren. Aber wäre es nicht auch vorstellbar, dass Assanges Internetdetektive sich Regime vorknöpfen, die von Menschenrechten so viel halten, wie Dirk Niebel von Gewerkschaften? Mich würde zum Beispiel interessieren, wie weit das Atomprogramm des Iran wirklich ist, dessen Präsident nicht oft genug die baldige Eliminierung Israels prophezeit. Oder wo befinden sich die verschollenen Dissidenten in China und Nordkorea? Staaten, die ja nicht gerade zimperlich mit Oppositionellen umgehen sollen. Wie wird man weissrussischer Präsident mit Alexander Lukaschenko als Gegenkandidaten? WikiLeaks erweckt den Verdacht, lieber einem populären Antiamerikanismus zu folgen, als mithilfe ihrer Fähigkeit kriminelle Machenschaften von Diktaturen aufzudecken. >>We open governments.<< (Wir öffnen Staatsgewalt) ist das Motto von WikiLeaks. Nur ob das Obama-Clinton-Amerika der richtige Patient auf dem Seziertisch ist, bleibt fraglich.

Sebastian Kahl

Einladung zur Einwohnerversammlung Marzahn-Mitte am 26. Januar

Glauben Sie, dass Ihre Stimme von den Politikerinnen und Politikern Ihres Bezirks gehört wird? Nutzen Sie die Gelegenheit, mit den Politikerinnen und Politikern Ihres Bezirksamtes ins Gespräch zu kommen! Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf veranstaltet für Sie, liebe Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils Marzahn-Mitte, am Mittwoch, dem **26. Januar, um 19.00 Uhr im Speiseraum der Rudolf-Virchow-Oberschule, Glambecker Ring 90, 12679 Berlin, eine Einwohnerversammlung.**

Moderiert wird die Veranstaltung von der Vorsteherin Ihrer Bezirksverordnetenversammlung, Petra Wermke. Zu Ihren Anliegen und Problemen stehen die Mitglieder des Bezirksamtes Rede und Antwort.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger können auch gern, möglichst einige Tage vor Beginn der Versammlung, Fragen an das Büro der Bezirksbürgermeisterin per Fax: 030 902932005, per E-Mail: buero.buergermeisterin@ba-mh.verwalt-berlin.de oder telefonisch unter Tel.: 030 902932006 einreichen. Damit hätten die Bezirksamtsmitglieder die Möglichkeit, sich auf die Beantwortung Ihrer Fragen konkret vorzubereiten.

Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger sehr herzlich ein.

Ihr Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin

Naziaufmarsch in Dresden verhindern!

Erfolgreiche Blockade vom Februar 2010 soll wiederholt werden

Im Jahr 2010 ist es uns erstmals gelungen, Europas größten Naziaufmarsch durch Massenblockaden zu verhindern. Grundlage unseres Erfolges war die Spektren übergreifende Zusammenarbeit zwischen Antifagruppen, lokalen Initiativen und Aktionsgruppen, Gewerkschaften, Parteien und Jugendverbänden sowie zahlreichen weiteren Organisationen und Einzelpersonen. Mit unserer klaren Ankündigung, den Naziaufmarsch durch Blockaden zu stoppen, haben wir gemeinsam den Raum des symbolischen Protestes verlassen. Die Entschlossenheit Tausender Menschen, sich mit den Mitteln des zivilen Ungehorsams den Nazis in den Weg zu stellen, machten die Blockaden zu einem Erfolg.

Für 2011 haben die Nazis angekündigt, mehrere Veranstaltungen zum Jahrestag der

alliierten Luftangriffe auf Dresden durchzuführen. Seit Jahren versuchen die Nazis die Bombardierung Dresdens für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und an bestehende Mythen und die Gedenkkultur anzuknüpfen. Wir werden nicht akzeptieren, dass die Nazis die Geschichte verdrehen und die eigentlichen Opfer des Nationalsozialismus verhöhnern. Wir lehnen jede Leugnung und Relativierung der deutschen Schuld an Vernichtungskrieg und Holocaust ab.

Wir sind uns bewusst, dass sich die Nazis ihr Großereignis nicht einfach nehmen lassen. Deshalb werden wir uns auch 2011 wieder den Nazis durch Aktionen des zivilen Ungehorsams mit Massenblockaden entgegen stellen. Dieses Ziel eint uns über alle sozialen, politischen oder kulturellen Unterschiede hinweg. Von uns wird dabei keine

Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.

Wir werden uns weiterhin bei Versuchen der Kriminalisierung solidarisch zueinander verhalten. Wir stellen uns gegen jeden Versuch, antifaschistischen Protest als „extremistisch“ zu bezeichnen. 2011 werden wir den Naziaufmarsch gemeinsam blockieren – bunt und lautstark, kreativ und entschlossen!

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Mehr Informationen findet ihr im Internet unter: www.dresden-nazifrei.com

**Bündnis
„Nazifrei - Dresden stellt sich quer!“**



ENDYL-Generalversammlung traf sich in Berlin

Vom 9.12. bis zum 12.12.2010 fand in Berlin die Generalversammlung des europäischen Jugendnetzwerkes ENDYL (European Network of Democratic Young Left) statt. ENDYL ist der Zusammenschluss der Jugendorganisationen der Parteien, die in der Europaparlamentsfraktion GUE/NGL (European United Left / Nordic Green Left) organisiert sind. 2010 wurde die Generalversammlung von der Linksjugend [solid] ausgerichtet.

Es kamen Delegierte unserer Partnerorganisationen aus insgesamt 17 europäischen Ländern, unter anderem aus Griechenland, Portugal, Dänemark, Moldawien, Lettland, Estland, Finnland, Polen, Makedonien, Italien und Frankreich.

Der thematische Schwerpunkt dieser Generalversammlung lag auf der Planung und inhaltlichen Ausarbeitung unserer gemeinsamen Aktivitäten angesichts europaweiter Sozialkürzungen und ansteigender rechtsextremer Gewalt. Ziel der Versammlung war es, die Grundlagen zu schaffen, um im kommenden Jahr als Jugendverbände linker Parteien in Europa gebündelter agieren zu können –

sowohl was unseren Einfluss auf unsere Mutterparteien im Europaparlament betrifft, als auch in Bezug auf unser jeweiliges Engagement in den sozialen Bewegungen. Außerdem wurden das Sekretariat sowie der Vorstand neu gewählt.

Linksjugend [solid] Bundesverband



Veranstaltungen**Diskussion mit Senator Harald Wolf**

» 20.1., 18.30 Uhr, Bürgerzentrum Marzahn-Nordwest, Wörlitzer Straße 3a, 12689 Berlin, **Wolfgang Brauer** (MdA) lädt ein zur Veranstaltung „Arbeitsplätze für Berlin“ - **Harald Wolf** (DIE LINKE), Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen, stellt sich Ihren Fragen, z.B. „Was kann linke Wirtschaftspolitik in Berlin?“

Gedenken

» 23.1., 11 Uhr, Marzahner Parkfriedhof, Wiesenburger Weg, 12681 Berlin, Heimatverein und BVV laden ein zur **Gedenkveranstaltung** anlässlich des 27. Januar (siehe auch Seite 5)

Einwohnerversammlung

» 26.1., 19 Uhr, Speiseraum der Rudolf-Virchow-Oberschule, Glambecker Ring 90, 12679 Berlin, **Einwohnerversammlung Marzahn-Mitte** (siehe auch Seite 6)

Politische Bildung

» 8.2., 19.30 Uhr, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, **Thema: Streiflichter aus der Geschichte der Berliner Universität Unter den Linden**, Referentin: Dr. sc. phil. Hannelore Bernhardt, Moderation: Dr. Wolfgang Girnus, Eintritt: 1,50 Euro

Diskussion mit Senatorin Carola Bluhm

» 21.2., 18.30 Uhr, Berliner Tschechow-Theater, Märkische Allee 410, 12689 Berlin, **Wolfgang Brauer** (MdA) lädt ein zur Veranstaltung „Arbeit, Soziales, Integration - Fragen Sie die Senatorin!“ - **Carola Bluhm** (DIE LINKE), Senatorin für Arbeit, Soziales und Integration, stellt sich Ihren Fragen, z.B. zum neuen Partizipations- und Integrationsgesetz und dessen Auswirkungen vor Ort oder zu sozialen und migrantischen Initiativen im Bezirk



Der nächste Frühling kommt bestimmt ...

Foto: Sabine Behrens

Hinten links**„Teurer Januar“**

Am Jahresanfang wird der „Silvester-Kater“ nahtlos vom finanziellen „Katzenjammer“ abgelöst. Viele Versicherungen sind fällig; und beim Auto gleich noch die Kfz-Steuer, die im Januar zu Kraftstoff, Miete und den anderen täglichen Bedürfnissen hinzukommen.

Die deutschen Bruttogeldvermögen (ohne Schulden) summieren sich auf rund 5 Billionen Euro. Unvorstellbar!

Die meisten Menschen sind froh, mit ihrem Einkommen, teilweise zzgl. der so genannten Transferleistungen, über die Runden zu kommen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung („Unterschicht“) besitzt weniger als ein Zwanzigstel des Geldes.

Weniger als einem Zehntel der deutschen Bevölkerung gehört mehr als die Hälfte der 5 Billionen EURO.

Frage

Wie viele von den fünf Billionen EURO sind fiktives Kapital?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» 18.1., 1.2. und 15.2. jeweils 19.30 Uhr Beratung des Bezirksvorstandes, im Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

Basisgruppensprecher-Beratungen

» 2.2., 18 Uhr (BO Wahlkreis 4) Theater am Park, „Oase“, Frankenholler Weg 4, 12683 Berlin

» 2.2., 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2, 3 und Bereich Springpfuhl) Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» 3.2., 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin

Freundeskreis / IG

» 18.1., 18 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

» 20.1., 15 Uhr, **IG SeniorInnen**, Treff bei Käthe und Klaus

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Sprechstunden

» 17.1., 17-18 Uhr, **Dagmar Pohle**, Bezirksbürgermeisterin und Stadträtin für Soziales, und **Regina Kittler**, stv. Vorsitzende der Linksfraktion in der BVV und Vorsitzende des Ausschusses Siedlungsgebiete und Verkehr, Schloss Biesdorf, Turmzimmer, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin

» 17.1., 18 Uhr, **Dr. Gabriele Hiller** (MdA), Kino „Kiste“, Heidenauer Straße 10, 12627 Berlin

» 20.1., 15 - 17 Uhr, **Bärbel Holzheuer-Rothensteiner** (MdA), Stadtteilzentrum „Kompass“, Kummerower Ring 42, 12619 Berlin

» 31.1., 16 Uhr, **Dr. Margrit Barth**, (MdA), Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» 2.2., 16 - 18 Uhr, **Petra Pau** (MdB), Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Anmeldung unter Telefon 99289380

» 15.2., 19.30 - 20.30 Uhr, **Wolfgang Brauer** (MdA), **Petra Wermke** (BVV-Vorsteherin), Bürgerzentrum Marzahn-Nordwest (Atrium des Havemann-Centers), Wörlitzer Straße 3a, 12689 Berlin

» **Jeden Donnerstag jeweils 10 - 13 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(fon: 54 12 130/9953508 - fax: 99901561)

Offen:

Montag	13 - 17 Uhr
Dienstag	9 - 17 Uhr
Donnerstag	9 - 19 Uhr
Freitag	9 - 15 Uhr

Bitte beachten:

Jeden Mittwoch ist der Linke Treff geschlossen

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wählender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin
fon: 54 12 130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 07.01.2011. Auslieferung ab: 12.01.2011. **Druck:** Druckerei „Bunter Hund“. „Marzahn-Hellersdorf links“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 03.02. und 03.03.2011.